

# Monitoring Sozialhilfestopp

Jahresbericht 2022: Ergebnisse in Kürze | altrechtliche Fälle



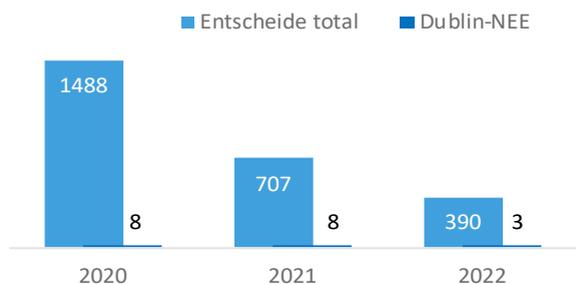
Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement EJPD  
Staatssekretariat für Migration SEM

## Gesuche mit Datum vor dem 1. März 2019

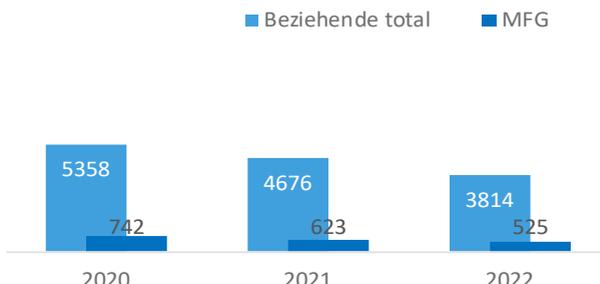
Das Staatssekretariat für Migration (SEM) überprüft die Entwicklung der Nothilfekosten zusammen mit der Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren (KKJPD) und der Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren (SODK). Zu diesem Zweck wird ein Informationssystem Monitoring Sozialhilfestopp geführt.

### Negative Entscheide und NEE mit Ausreisefrist



Im Jahr 2022 sind aufgrund der Priorisierung des SEM im Zusammenhang mit der Bearbeitung von Asylgesuchen lediglich 390 Nichteintretensentscheide (NEE) oder negative Entscheide (NEGE) in Rechtskraft getreten. NEE im Rahmen des Dublin-Systems machen weniger als 1% aller Entscheide aus (1% NEE-Dublin seit dem Jahr 2020). Nothilfe wird auf Gesuch hin gewährt.

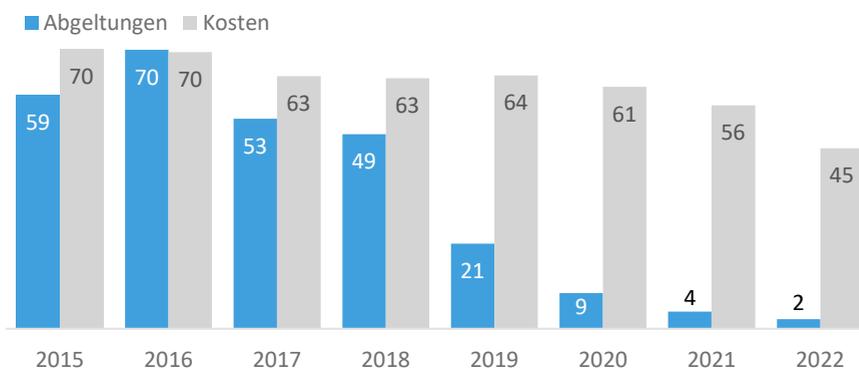
### Nothilfebeziehende



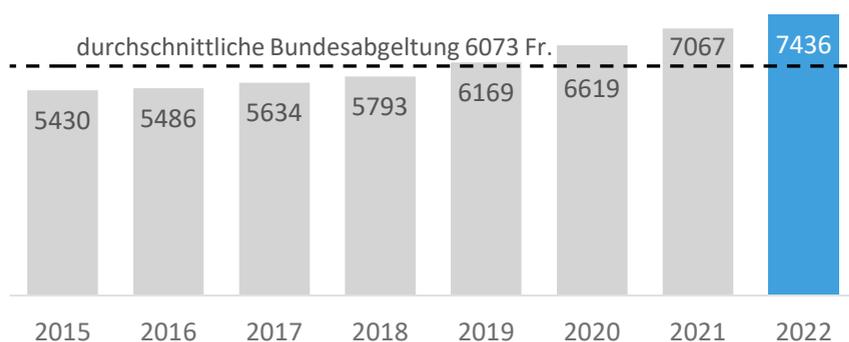
Im Jahr 2022 haben 3814 Personen Nothilfe beansprucht. Das sind knapp 18% weniger als im Jahr 2021. Die Zahl setzt sich zusammen aus 3382 Personen, die nur nach einem Negativ- oder Nichteintretensentscheid Nothilfe bezogen; 432, die nur nach einem Mehrfachgesuch (MFG) - d.h. während des Asylverfahrens - Nothilfe bezogen; sowie 93 Personen, die zuerst aus dem einen, dann aus dem anderen Grund Nothilfe bezogen.

### Bundesabgeltungen und Nothilfekosten (in Mio. Franken)

Im Jahr 2022 betragen die Nothilfekosten 45 Millionen Franken. Der Betrag ist tiefer als im Jahr 2021 (-11 Millionen). Alle Kantone hatten im Jahr 2022 höhere Ausgaben als Abgeltungen ausgerichtet wurden. Sie haben die in den Vorjahren erwirtschafteten Reserven verwendet. In der Bilanz 2008-2022 bleibt die Liste der Kantone, die ihre Reserven aus den Vorjahren vollständig aufgebraucht haben, unverändert (AI, BE, BL, GE, JU, NE, SH, SO, SZ, VD, VS, ZG, ZH). Insgesamt ergibt sich zwischen 2008 und 2022 ein negativer Saldo von fast 157 Millionen CHF. Das Defizit des Kantons VD beträgt dabei knapp 89 Millionen Franken. Würde das Defizit des Kantons VD bei der Berechnung ausgeklammert, läge das Gesamtdefizit bei 68 Millionen Franken.



### Kosten pro Entscheid (in Franken)



Zwischen 2008 und 2022 fielen pro rechtskräftigem Entscheid Nothilfekosten von 7436 Franken an. Die Kosten pro Entscheid liegen über der durchschnittlichen Bundesabgeltung. Aufgrund der Priorisierung bei den Asylgesuchen durch das SEM war dieser Anstieg zu erwarten: Der Anteil der Beziehenden mit NEGE ist gestiegen. Dadurch erhöhen sich die Durchschnittswerte der Bezugsquoten und der Bezugsdauer, was wiederum zu erhöhten Ausgaben in der Nothilfe führt.

### Bezugsdauer (in Tagen)

Beobachtungsperiode	
2021	2022
230	241

Gesamtperiode

2008-2021	2008-2022
244	256

### Bezugsquote (in Prozent)

Bezug im Jahr der Rechtskraft	
2021	2022
67	56

Gesamtperiode

2008-2021	2008-2022
53	53

### Kosten pro Tag (in Franken)

Beobachtungsperiode	
2021	2022
51	50

Gesamtperiode

2008-2021	2008-2022
51	51

# Monitoring Sozialhilfestopp

## Jahresbericht 2022: Ergebnisse in Kürze | altrechtliche Fälle

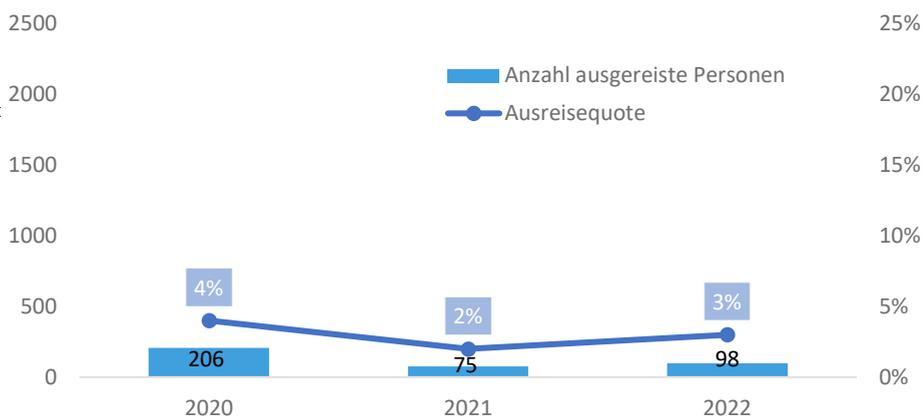
### Wichtigste Herkunftsländer (nach Nothilfebeziehenden)

	2021	2022
Eritrea	544	391
Sri Lanka	425	322
Irak	322	298
Äthiopien	390	289
Iran	304	286

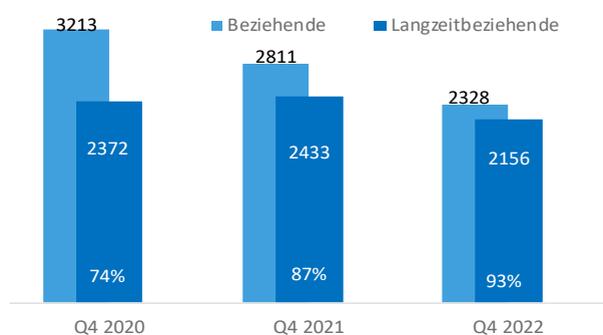
Die fünf wichtigsten Herkunftsländer des Jahres 2022 sind die gleichen wie im Vorjahr. An sechster Stelle stehen mit 271 Beziehenden (304 im Vorjahr) Personen mit "unbekannter Staatsangehörigkeit" (d.h. Personen, die ihre Staatsangehörigkeit verschleiern). Die geringere Anzahl an Entscheidungen im beobachteten Zeitraum ergibt sich durch die Priorisierung der Asylgesuche durch das SEM. Deshalb ist auch ein allgemeiner Rückgang der Zahl der Nothilfebeziehenden zu beobachten, der sich seit dem ersten Halbjahr 2019 fortsetzt. Zwischen 2021 und 2022 schwankt dieser Rückgang zwischen 7% (irakische Staatsangehörige) und 28% (eritreische Staatsangehörige). Auch bei den Bezugsquoten der einzelnen Herkunftsstaaten ist ein Abwärtstrend zu verzeichnen. Der allgemeine Anstieg der NEGE-Entscheiden zu Lasten der NEE-Dublin-Entscheiden, der seit dem zweiten Halbjahr 2017 zu beobachten ist, könnte sich stärker auf eine längere Bezugsdauer auswirken. Dies ergibt sich auch aus den Schwierigkeiten bei den Rückführungen in die meisten dieser Herkunftsländer.

### Ausreise

Die durchschnittliche Ausreisequote ist im Vergleich zu 2021 leicht angestiegen - trotz der stark reduzierten Anteile der Nothilfebeziehenden mit NEE-Dublin-Entscheid (weniger als 1%) und der Nicht Langzeitbeziehenden (ca. 7%). Die Kategorie "NEE" verzeichnete zwischen 2021 und 2022 eine deutlich höhere Quote bei den kontrollierten Ausreisen (Zunahme von 4% auf 10%). Gleichzeitig bleibt die Veränderung der Quote der kontrollierten Ausreisen zwischen den Entscheidungskategorien NEE-Dublin und den beiden anderen (NEE-Dublin 12%; NEGE 2%; NEE 10%) geringer als bis 2019.



### Langzeitbezug (> 1 Jahr)



### Langzeitbeziehende nach Nation

	Q4 2021	Q4 2022
Eritrea	301	278
Irak	231	233
Äthiopien	246	210
Iran	156	157
Sri Lanka	149	132

Im 4. Quartal 2022 zählten 93% der Nothilfebeziehenden zu den Langzeitbeziehenden (LAB, d.h. Nothilfebezug seit mehr als 4 Quartalen oder Rechtskraft vor mehr als 4 Quartalen). Dies ist aufgrund der geringen Anzahl neuer Entscheiden eine normale Entwicklung. Innerhalb eines Jahres ging die Anzahl der LAB deutlich zurück (-277 Personen). Der stärkste Rückgang war dabei bei äthiopischen Staatsangehörigen zu verzeichnen (-36 Beziehende), gefolgt von eritreischen und sri lankischen Staatsangehörigen (-23 bzw. -17 Beziehende). Eritreische Staatsangehörige stehen mit 13% der LAB weiterhin an erster Stelle, während der Anteil der Iraker von 9% auf 11% leicht anstieg. Staatsangehörige mit "unbekannter Staatsangehörigkeit" (d. h. Personen, die ihre Staatsangehörigkeit verschleiern) blieben auf dem vierten Platz (-29 Beziehende, d.h. 190 LAB im Jahr 2022). Ihr Anteil blieb mit 9% unverändert. Die Gesamtzahl der Staatsangehörigen der 5 wichtigsten Herkunftsstaaten macht rund 47% der LAB aus (rund 56% wenn Staatsangehörige mit "unbekannter Staatsangehörigkeit" eingeschlossen werden). Dies sind 2 Prozentpunkte mehr als im 4. Quartal 2022.